

OSTHOLSTEINBRIEF

INFOS AUS DEM KREIS



Foto © studioline kiel

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

Gerechtigkeit ist der Markenkern der Sozialdemokratie. Das ist platt, aber richtig. Wir verlieren Vertrauen, Mitglieder und Wahlen, wenn wir das vergessen. Keiner von uns ist mit allem einverstanden, was unsere Partei in den vergangenen Jahren veranstaltet hat. Und auch momentan knirschen meine Zähne öfter als mir lieb ist. Zum Beispiel, wenn in Berlin Asylpakete verabschiedet werden. Aber ich weiß, dass das was sich für mich gerecht anfühlt, es in den Augen anderer noch lange nicht ist. Unter Genossinnen und Genossen gilt das erst recht, denn wir alle haben eigene Vorstellungen von unserem Markenkern.

Darum ist es richtig, dass wir in der Nord-SPD uns Zeit genommen haben, um über Gerechtigkeit zu diskutieren. Beinahe ein Jahr voller Ideen, um unterschiedliche Vorstellungen in einem Antrag unterzubringen. Am vergangenen Wochenende beim Landesparteitag haben wir ein sperriges und langes Papier zur „Gerechtigkeit heute“ beschlossen. Das ist gut so, denn unser Markenkern braucht Platz.

Jetzt gilt es, das viele Papier mit Leben zu füllen. Wir schreiben keine Anträge, weil das so viel Spaß bringt. Wir schreiben sie, weil wir das Leben der Menschen verbessern wollen. Vor Ort, in Kiel und in Berlin. Und das müssen wir in den kommenden 25 Monaten in gleich drei Wahlen auch beweisen.

Ich finde, dass wir zwischen Fehmarn und Stockelsdorf gut davor sind. Unser Ostholsteinbrief zeigt das auch dieses Mal. Viel Spaß beim Lesen! ■

Euer
Niclas Dürbrook
stellvertretender Kreisvorsitzender



INHALT	SEITE
Editorial	1
Landesparteitag	1
Fehmarnsund: Brücke sperren?	3
Fehmarnbelt: Angeln verboten?	3
Glyphosat in der EU	4
Jahresempfang OH	5
Pflegeberufegesetz	6
Entwicklung im ländlichen Raum	7
Kreisvorstandsklausur	7
Neumitgliederfrühstück und Parteischule	8
Kitagebühren im Kreis	9
Beltretter ohne KTF	10
Impressum	10
ZVO-Abfallgebühren	11
Bürgermeisterwahl in Bad Schwartau	11
Arbeitnehmerempfang	13
TTIP in Süsel	14
Ralfs Spiegelbilder	15
LaKo der Jusos	16
Veranstaltungstermine der AG 60 plus	16

LANDESPARTEITAG „WESSEN WELT IST DIE WELT?“



Foto © Christian Böttcher

Schon der Beginn des Parteitages unterschied sich von anderen Parteitagen. Nach der gewohnten Begrüßung durch Bettina Hagedorn präsentierte die Sängerin Anna Haentjens Berthold Brechts Solidaritätslied, nach leicht holprigem Start stimmte das Plenum ein. Parallel zeigte eine Dia-Show Wahlplakate der Nord-SPD aus den vergangenen Jahrzehnten. Von Anfang an war klar, hier sollten Zeichen ge-

setzt werden. Und so war die abschließende Frage „Wessen Welt ist die Welt?“ des Solidaritätsliedes auch eine gelungene Überleitung in den Parteitag, bei dem es um die großen Fragen und Linien gehen sollte.

Im Kern waren es zwei Anträge, über die debattiert werden sollte. Zum einen hatte der Landesvorstand eine Resolution zur Flüchtlingspolitik vorgelegt, zum anderen ging es um das 52-seitige Papier „Die Zeit ist reif – mehr Gerechtigkeit wagen“. Eigentlich stand als erstes die Flüchtlings-Resolution auf der Tagesordnung, doch so ganz klar wurde das in der Einbringung des Antrages durch Ralf Stegner nicht. Der gut aufgelegte Parteivorsitzende nutzte seine Redezeit stattdessen für einen Rundumschlag zur Lage der SPD. Der stehende Applaus am Ende seiner Rede zeigte, das kam an.



Kritik auch an den eigenen Leuten

In der anschließenden Debatte wurde dann auch klar, wo die aktuellen Probleme der SPD liegen. Gleich zu Beginn der Aussprache machten insbesondere die Jusos ihre Position zum aktuellen Kurs der Großen Koalition deutlich. Türkei-Deal, teilweise vermurkstes Integrationsgesetz, schwer verdauliche Äußerungen Sigmar Gabriels – die Kritik fiel deutlich aus, auch an den eigenen (und anwesenden) Bundestagsabgeordneten. Immerhin, der Kurs der Schleswig-Holsteinischen SPD stieß allgemein auf Zustimmung. Und so war es wenig überraschend, dass die Resolution mit breiter Zustimmung beschlossen wurde.



Ein Papier voller Gerechtigkeit

Die Einbringung des langen Gerechtigkeitspapiers war Sozialministerin Kristin Alheit zugesagt, nach ihr meldete sich nur unwesentlich kürzer Uwe Polkaehn als Chef des DGB-Nord zu Wort. Nahm schon die Generaldebatte viel Raum ein, kam die echte Herausforderung mit den zahlreichen Änderungsanträgen



der Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften. Auch wenn bereits in der Antragskommission hunderte davon abgearbeitet worden waren, blieb mehr als genug Material für den Parteitag. Am Ende steht ein starkes Papier mit guten Beschlüssen. Die SPD SH fordert die unbefristete Beschäftigung bei fairer Bezahlung endlich wieder zum Regelfall zu machen. Die Bürgerversicherung einzuführen, um Gesundheitsversorgung unabhängig von Einkommen und Status werden zu lassen. Den Renteneintritt flexibler zu gestalten, weil nun mal nicht jeder mit 67 noch arbeiten kann. Im Bereich Bildung unter anderem die hundertprozentige Unterrichtsversorgung und eine Mindestausbildungvergütung. Vor allem aber auch ein gerechteres Steuersystem, in dem z.B. Kapitalerträge nach Einkommenssteuersatz behandelt und Steuerflucht wirksam bekämpft wird.



Und sonst?

Ein nach wie vor beeindruckender ehemaliger Ministerpräsident Björn Engholm, der in einer nachdenklichen Rede an die Lebensleitungen von Egon Bahr und Helmut Schmidt erinnerte. Eine ehemalige Ministerpräsidentin Heide Simonis, die vom Parteitag mit langem und warmen Applaus begrüßt wurde. Und natürlich der aktuelle Ministerpräsident Torsten Albig, dem bei diesem Termin nur eine kleine Rolle als Co-Redner zur Flüchtlingsresolution zugesagt war. Beim kommenden Parteitag im Herbst wird das anders sein. Dann stehen Spitzenkandidatur und Wahlprogramm im Fokus. ■

Niclas Dürbrook
stellv. Kreisvorsitzender

Links und rechts: Acht von 16
Delegierten aus Ostholstein



SPERRUNG DER FEHMARNSUNDBRÜCKE?**BUNDESRECHNUNGSHOF RÜGT BAHN UND BUNDESVERKEHRSMINISTERIUM**

In einem geheimen Bericht des Bundesrechnungshofes (BRH) an den Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages, dessen Vorsitzende ich bin, rügen die Prüfer das Verhalten der Deutschen Bahn und des Bundesverkehrsministeriums bei der Fehmarnsundquerung. Der Bericht war

aufgrund seiner Brisanz bereits vor einigen Tagen in Teilen in den Medien erschienen. Aufgrund von Vernachlässigungen bei der Instandhaltung schließen die Prüfer des BRH sogar die Sperrung der Sundbrücke nicht aus. Zudem werden das Verkehrsministerium und die Bahn verdächtigt, die Varianten mit Erhalt der Bestandsbrücke absichtlich schlechztzurechnen.

Fakt ist: Seit dem Jahr 2000 sind durch die Bahn keine Instandhaltungsarbeiten mehr vorgenommen worden. Der BRH stellt fest: „Seit dem Jahr 2000 sind Schäden am Korrosionsschutz festzustellen, die die Bahn bislang nicht beseitigte. Dadurch konnten sich die Schäden ausweiten und Folgeschäden entstehen.“ Und weiter: „Wenn die Bahn erst im Jahr 2017 mit dem Korrosionsschutz beginnt, kann es zu spät sein. ... Wird der Instandhaltungstau nicht kurzfristig beseitigt, ist nicht auszuschließen, dass die Brücke wegen Baumängeln gesperrt werden muss“, schreiben die Prüfer und warnen: „Fehmarn hätte dann keine Verbindung mehr zum Festland“. Die Sicherheit und der Verkehr über die Brücke bis zum Jahr 2028 kann nicht gewährleistet werden. Doch erst frühestens 2028 – durch die Zeitverzögerung von vier bis sechs Jahren auf dänischer Seite seit September 2014 – könnte eine neue Querung befahrbar sein. Der Bericht des BRH ist fundiert und ernst zu nehmen. Ich fordere deshalb die Bahn auf, mit der Instandhaltung der Brücke sofort zu beginnen!

Schon im Jahr 2012 rechnete die Bahn mit 21 Millionen Euro für die Instandhaltung, beispielweise für den Rostschutz und den Ersatz von Tragseilen der Brücke. Dafür wurde bisher aber noch kein Geld ausgegeben! Jetzt rechnet die Bahn damit, mit nur acht Millionen Euro die Arbeiten nachholen zu können, die sie seit 16 Jahren versäumt hat – eine Billigvariante! Tatsächlich müssten die 21 Millionen Euro selbst dann investiert werden, wenn bis 2028 eine Ersatzquerung gebaut wird, „um die Brücke bis dahin betriebs-, verkehrs- und standsicher zu halten“, schreibt der BRH. „Anderenfalls ist – auch nach Aussage der Bahn – nicht auszuschließen, dass die Fehmarnsundbrücke gesperrt werden muss.“

Für die Bahn besteht schlichtweg kein Anreiz, langfristig die Schäden zu reparieren. Das Verkehrsministerium und die Bahn haben gepokert, dass die noch bestehende Brücke – das Wahrzeichen für Fehmarn – komplett neu gebaut wird. Denn der mögliche Bau einer neuen Brücke müsste vom Bund und nicht von der Bahn selbst bezahlt werden!

Im Rechnungsprüfungsausschuss werden wir diesen brisanten Bericht noch vor der Sommerpause diskutieren. Dazu gehört

auch, dass alle Varianten geprüft werden! BRH: „Das BMVI und die Bahn haben sich offenbar schon 2015 entschieden, die Fehmarnsundbrücke nicht mehr zu ertüchtigen und stattdessen neue Bauwerke zu errichten.“ Diese Entscheidung dürfte nach Einschätzung der Prüfer jedoch noch nicht feststehen, denn keine der von Verkehrsministerium und Bahn vorgelegten Untersuchungen rechtfertigt, dass bereits jetzt Varianten von weiteren Planungen ausgeschlossen werden! Das Vorgehen von Bahn und Ministerium ist absolut nicht nachvollziehbar!

Ich fordere das Bundesverkehrsministerium und die Bahn dazu auf, die Verzögerungen um vier bis sechs Jahre auf dänischer Seite zu nutzen, um alle Varianten wirklich ergebnisoffen zu prüfen und dabei auch das jetzt wesentlich größere Zeitfenster für den Erhalt und Ausbau der Fehmarnsundquerung für den Straßenverkehr in die Überlegungen einzubeziehen. ■

Bettina Hagedorn, MdB

ANGELVERBOT IM FEHMARNBELT**10. JUNI: UMWELTSTAATSSEKRETÄR IN OH**

Das vom Bundesumweltministerium geplante Angel- und Fischereiverbot in der Ostsee im Zuge der Ausweitung von Natura 2000-Gebieten als Naturschutzgebiete (EU Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie/FFH-Richtlinie) betrifft in Ostholstein insbesondere die Häfen Heiligenhafen und Burgstaaken auf Fehmarn. Ein Verbot würde der Wirtschaft aber vor allem auch der Tourismusbranche Schaden zufügen und manche Fischerbetriebe in ihrer Existenz bedrohen – schließlich starten pro Jahr rund 70.000 Gäste allein von Heiligenhafen und Fehmarn zu Angelfahrten in die Ostsee. Für mich ist es nicht nachvollziehbar, wie Freizeitangler an Bord eines nicht ankernden Angelkutters mit ihrer Angel-ausrüstung dem Meeresgrund Schäden zufügen sollten, die ein Angelverbot rechtfertigen könnten. Auch die Erhaltungsziele von Lebensraumtypen sind nicht gefährdet. Deshalb habe ich bereits im März die Umweltministerin Barbara Hendricks angeschrieben und sie dazu aufgefordert, das geplante Verbot zu überdenken. Auf meine Einladung hin kommt nun der zuständige Staatssekretär im Umweltministerium, Jochen Flasbarth, nach Ostholstein, um sich einen persönlichen Eindruck von der Betroffenheit der Menschen und der Region zu verschaffen. Am 10. Juni werden wir im Kreisnorden mit den Betroffenen an der Küste diskutieren, wobei auch unsere Europaabgeordnete Ulrike Rodust und Vertreter des Landes zu Wort kommen sollen.

Am 28. April findet bereits ein erstes Treffen mit dem DfV (Deutscher Fischerei Verband) in Berlin statt, das mein Kollege Johann Saathoff organisiert hat und an dem auch ich teilnehmen werde. Aus Ostholstein habe ich dazu auch Vertreter der Angelkutterbetriebe und Küstenfischer eingeladen. ■

Bettina Hagedorn, MdB

GLYPHOSAT IN DER DISKUSSION

KREBSERREGENDER WIRKSTOFF ODER NÜTZLICHES GIFT?

Foto © Europäisches Parlament



Die Debatte um eine erneute Zulassung des Pflanzengifts Glyphosat hat spätestens mit dem Nachweis des umstrittenen Pestizids in verschiedenen Biersorten eine breite Öffentlichkeit erreicht. In der aktuell geführten Diskussion geht es nicht nur um die Bewertung unterschiedlicher Studien zur Frage einer krebserregenden Wirkung von Glyphosat. Auch andere negative Einflüsse auf Mensch und Um-

welt gilt es zu berücksichtigen. Ebenso muss die Frage nach den Auswirkungen eines europäischen Verbots auf die Landwirtschaft gestellt werden: Was sind die Alternativen und welche Folgen hätten diese?

Diese und weitere Fragen zu klären war das Ziel einer Podiumsdiskussion zu der ich meine für Umwelt- und Verbraucherpolitik zuständigen Fraktionskollegin Susanne Melior im April nach Schleswig-Holstein eingeladen habe. Zusammen mit der agrarpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Kirsten Eickhoff-Weber, der umweltpolitischen Sprecherin Sandra Redmann und Wolfgang Vogel vom SPD-Umweltforum diskutierten dort etwa 50 Teilnehmer.

Glyphosat ist der weltweit am häufigsten eingesetzte Wirkstoff zur Unkrautvernichtung. In den frühen 70er Jahren von Monsanto als Herbizid patentiert, kam Glyphosat erstmals 1974 als Wirkstoff des Unkrautvernichtungsmittels Roundup auf den Markt. Seit dem Auslaufen des Patents im Jahr 2000 wird Glyphosat von verschiedenen Unternehmen vertrieben. Hunderte Pflanzenschutzmittel die das Herbizid beinhalten, sind auch in Europa registriert und für die landwirtschaftliche Nutzung zugelassen. Immer wieder wird vor den ökologischen, aber auch vor den gesundheitlichen Folgen der übermäßigen Glyphosatanwendung gewarnt. Laut WHO steht Glyphosat im Verdacht krebserregend zu sein. Die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) teilt diese Auffassung nicht. Sie hat deshalb in einem Gutachten grünes Licht für die Verlängerung der im Juni 2016 auslaufenden Zulassung in der EU gegeben. Die Europäische Kommission, die unter Mitwirkung von Vertretern aller 28 EU-Mitgliedstaaten über die Wiederzulassung des Wirkstoffes entscheiden muss, hat einen Vorschlag vorgelegt, der eine Verlängerung um 15 Jahre vorsieht.

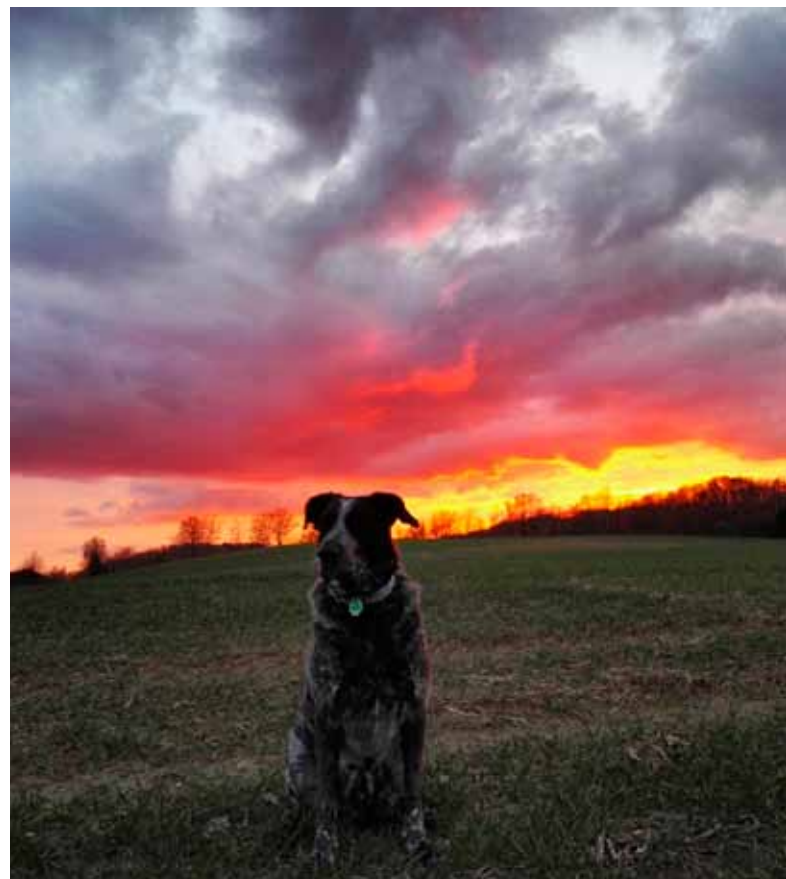
Das Europäische Parlament ist zwar an diesem Verfahren nicht beteiligt. Mit seiner im April abgestimmten Resolution hat es aber ein starkes Signal an die EU-Kommission und die EU-Mitgliedsstaaten gesendet, das Pflanzengift nicht ohne Einschränkungen für weitere 15 Jahre zuzulassen. Das Europaparlament fordert die EU-Kommission dazu auf, einen neuen Vorschlag für die Verwendung von Glyphosat vorzulegen und die Industrie, alle zur Bewertung des Wirkstoffes relevanten Studien zu veröffentlichen. Zwar konnte sich ein Stufenplan zum Glyphosataus-

stieg nicht durchsetzen, allerdings sprach sich eine Mehrheit des Europäischen Parlaments dafür aus, Glyphosat nur für sieben statt für 15 Jahre zuzulassen. Für Privatanwender und für den Einsatz in öffentlichen Parks und Gärten sowie auf öffentlichen Spielplätzen soll es verboten werden. Ebenso lehnt es das Parlament ab, Pflanzen vor der Ernte mit Glyphosat abzutöten um die Reifung zu beschleunigen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns gegen die Zulassung von Glyphosat für weitere 15 Jahre ohne jegliche Einschränkungen ausgesprochen, so lange nicht zweifelsfrei geklärt ist, dass Glyphosat nicht krebserregend ist. Da wir große Mengen an Futtermitteln in die EU importieren, die mit Glyphosat behandelt wurden, muss die EU-Kommission nicht nur einen Plan entwerfen, wie wir den Einsatz des Pflanzengiftes in der EU reduzieren und auch Lebens- und Futtermittel aus Drittstaaten glyphosatrei importieren können. Auch die Forderung, die heimische Produktion an Futtermitteln zu erhöhen, bekommt in der Glyphosat-Diskussion zusätzliche Bedeutung. ■

Ulrike Rodust, MdEP

Duke geht Gassi und fühlt sich nach Asgard versetzt



Duke dreht dem Weltenbrand den Rücken zu. Er fürchtet, dass alle Wesen die Weltstatt verlassen müssen, wenn die Götter kämpfen.

Foto © Tim Dürbrook

KREISVERBAND UND KREISTAGSFRAKTION OH MIT BETTINA HAGEDORN JAHRESEMPFANG OSTHOLSTEIN UND GEBURTSTAGSFEIER



„60 Jahre – und kein bisschen leise!“ Unter diesem Motto stand die nachträgliche Feier meines 60. Geburtstags am 10. Februar in Verbindung mit dem Jahresempfang der SPD Ostholstein und der Kreistagsfraktion im Busterminal Behrens Reisen in Eutin. Riesig gefreut habe ich mich darüber, dass wir mehr als 300 Gäste – Vertreter von Vereinen, Unternehmen, Politik und natürlich viele langjährige SPD-Weggefährten begrüßen konnten!

folgreich integriert hat – in einem vom Krieg zerstörten Land, dessen Bewohner meist weder Arbeit noch Einkommen noch ausreichend Essen hatten. 1955 war jeder dritte Einwohner im Landkreis Eutin ein ehemaliger Flüchtling. Mit Blick auf die heutige Flüchtlingssituation forderte Aydan, dass Innenminister Thomas de Maizière (CDU) endlich die Bearbeitung von Asylanträgen beschleunigen muss. Weiterhin müssen wir sicherstellen,



Mit der stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Aydan Özoğuz, gleichzeitig Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration im Bundeskanzleramt, und unserem Ministerpräsidenten Torsten Albig waren auch zwei prominente Gäste dabei. Torsten Albig berührte mit seinem sehr persönlichen Geburtstagsgruß nicht nur mich, als er meinen erlernten Beruf als Goldschmiedin mit meiner Arbeit in der Politik verglich: „In deinem Beruf war es früher Gold, heute fügst du Menschen zu besonders festen Ketten zusammen. In diesen Ketten achtest Du gerade auf die schwachen Glieder, die viele in der Politik lieber aussondern würden. Das macht Dich groß und wichtig.“ In ihrer vielfach von Applaus unterbrochenen Rede erinnerte Aydan daran, dass allein Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg über eine Million Flüchtlinge aufgenommen und er-



dass Flüchtlinge Sprach- und Integrationskurse besuchen können – nur so ist eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt möglich. Besonders den vielen Kindern, die zu uns fliehen, müssen wir selbstverständlich echte Bildungschancen in Schulen und Kitas bieten. Zu diesem wichtigen Ziel passte auch mein persönlicher Geburtstagswunsch. Anstelle von Geschenken hatte ich um Spenden zugunsten der Flüchtlingshilfe des Kinderschutzbundes Ostholstein gebeten. Ich war überwältigt, dass auf meinen Aufruf hin rund 2.100 Euro allein in Eutin zusammengekommen sind! Schon mehr als 1.100 Euro hatten im Januar bei meinem Geburtstagsempfang in Berlin über hundert Kolleginnen und Kollegen gespendet – unter den Gästen waren Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Bau- und Umweltministerin Barbara Hen-



Foto © privat

Foto © Lars Winter

Scheckübergabe an Martin Liegmann und Mechthild Piechulla vom Kinderschutzbund

Betreuung von geflüchteten Kleinstkindern überwiegend finanzieren. Dank der Betreuung können sich deren Mütter voll auf ihre Sprachkurse konzentrieren. Der Kinderschutzbund bietet den Müttern damit nicht nur einen dreimonatigen Sprachkurs in Neustadt als zwingende Voraussetzung für darauffolgende Inte-

dricks, sogar CSU-Verkehrsmi-
nister Alexander Dobrindt
und der Vorsitzende der Links-
fraktion Dietmar Bartsch.
Die Spenden habe ich auf
3.500 Euro aufgerundet und
am 7. März mit dem Landtags-
abgeordneten Lars Winter
dem Kinderschutzbund über-
geben. Damit kann der Kin-
derschutzbund nun eine pädä-
gogische Fachkraft zur

grationskurse, sondern er ermöglicht den geflohenen Frauen mit
ihren Kindern nach häufig traumatischen Erlebnissen auch im
quasi geschützten Raum soziale Kontakte und unbürokratische
Hilfestellung beim schwierigen Einleben im fremden Land. Ich
bin begeistert, dass unser Jahres- und Geburtstagsempfang die-
ses Engagement unterstützen konnte! ■

Bettina Hagedorn, MdB



DISKUSSION MIT BETTINA HAGEDORN ÜBER GESETZESVORSCHLAG FÜR PFLEGEBERUFE ÄNDERUNGEN AM GESETZ SIND JETZT MÖGLICH

Zur aktuellen Debatte im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum neuen Pflegeberufegesetz habe ich am 22. April gleich vier Veranstaltungen in Ostholstein durchgeführt. Dazu hatte ich meine Kollegin und Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Gesundheit, Hilde Mattheis, eingeladen. Mein bereits fünfter Runder Tisch Pflege – den ich im vergangenen Jahr fest zugesagt hatte – fand mittags öffentlich in der August-Bier-Klinik in Bad Malente statt, abends folgte eine öffentliche Diskussionsrunde in der Asklepios Klinik am Kurpark in Bad Schwartau. Zudem besuchten wir am Nachmittag das AMEOS Klinikum in Neustadt und die Sana Klinik in Oldenburg und diskutierten dort mit Arbeitgebern und Betriebsräten.

Insgesamt rund 100 Experten und Interessierte aus Praxis und Wissenschaft diskutierten mit uns kritisch über den Gesetzentwurf sowie über mögliche parlamentarische Gesetzesänderungen. Diese sind genau jetzt noch möglich, denn Ende Mai wird die öffentliche Anhörung im Gesundheitsausschuss dazu stattfinden, bevor das Gesetz – voraussichtlich im Juli – vom Parlament beschlossen werden soll. Der richtige Zeitpunkt also, sich mit den betroffenen Menschen in Ostholstein auseinanderzusetzen und kritische Anregungen mit nach Berlin zu nehmen!

Der Gesetzentwurf ist ein Systemwechsel in der Pflegebranche und der nächste Schritt in der Reform, für den die SPD jahrelang gekämpft hat. Mit dem neuen Pflegeberufegesetz soll nach jahrelanger Diskussion mit den Berufsverbänden sowie zwischen Bund und Ländern endlich die bislang getrennte Ausbildung der Berufe in der Kinder-, Kranken- und Altenpflege zusammengeführt werden. Durch diese längst überfällige Neuordnung hin zu einer generalisierten Ausbildungsstruktur wollen wir die beruflichen Chancen der Beschäftigten in der Pflege verbessern, die Attraktivität des Berufsbildes angesichts des großen Fachkräftebedarfes steigern und die Altenpflegeausbildung endlich auch grundsätzlich bundesweit kostenlos anbieten.

Es war seit langem ein Skandal, dass Auszubildende in der Altenpflege trotz enormen Fachkräftemangels auch noch ihre ei-

gene Ausbildung mitfinanzieren mussten. In Anbetracht der demographischen Entwicklung ist eine gemeinsame Grundausbildung in Kranken- und Altenpflege dringend erforderlich. Gleichzeitig wird es natürlich auch künftig eine erforderliche Spezialisierung in der Alten-, Gesundheits-, Kranken- und Kinderkrankenpflege geben. Es wird durch ausreichend lange Übergangsfristen und Abstimmungen in den Lehrplänen sichergestellt sein, dass auch weiterhin Spezialwissen vermittelt und Qualität weiter verbessert werden kann. Entscheidend ist aber die künftige gesetzliche Verankerung der Durchlässigkeit innerhalb der Pflegeberufe und zusätzlich von der Helferausbildung bis hin zum akademischen Abschluss.

Dadurch wollen wir die Attraktivität der Berufe deutlich steigern und gerade die Altenpflegekräfte aus ihrer – häufig so empfundenen – beruflichen Sackgasse holen. Mit der Einführung einer grundständigen akademischen Ausbildung – gleichberechtigt neben der fachschulischen – wollen wir das Angebotsspektrum zusätzlich erweitern.

In Schleswig-Holstein arbeiteten 2013 rund 40.000 Menschen allein in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen mit fast 90.000 Pflegebedürftigen, deren Zahl naturgemäß ständig steigt. Auch in den Krankenhäusern brauchen gerade immer mehr ältere Patienten nicht nur gesundheitliche, sondern eben auch pflegerische Fürsorge – dafür setze ich mich ein! ■

Bettina Hagedorn, MdB

Meine nächste **Fraktion-vor-Ort Veranstaltung** findet am 20. Mai in Oldenburg in Holstein, Zum Oldenburger Stadtbahnhof, Lankenstraße 1 a, zum Thema Breitbandausbau mit dem Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Digitale Infrastruktur, Martin Dörmann, statt. Bei der Veranstaltung wird es um den Breitbandausbau im ländlichen Raum bei uns in Ostholstein gehen. Bei Interesse meldet euch gerne in meinem Eutiner Büro unter 04521-716 11. ■

SPD-LANDTAGSFRAKTION SCHLESWIG-HOLSTEIN

GEMEINSAM POLITIK ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDLICHEN RÄUME DISKUTIEREN

Foto © Landtag Schleswig-Holstein



Die SPD-Landtagsfraktion kümmert sich nicht nur um die Entwicklung der Städte. Nein, auch der ländliche Raum ist ihr wichtig. Bereits 2014 wurde ein Papier zur Zukunft und Entwicklung des ländlichen Raumes erarbeitet und beschlossen. http://www.spd.ltsh.de/sites/default/files/positionspapier-laendlicher-raum-blau_2.pdf Seit dem letzten Jahr diskutieren wir das Papier in allen Kreisen des Landes um Rück-

meldungen darüber zu erhalten, ob die im ländlichen Raum lebenden Menschen unsere Meinung teilen. In den bisherigen Diskussionsrunden haben wir viele weitere Hinweise bekommen, die in das Papier eingearbeitet werden.

Am 25. Januar 2016 haben wir in Oldenburg/Holstein Station gemacht und mit interessierten Menschen und mit Vereinen und Verbänden gesprochen. Meine Landtagskolleg_innen Kirsten Eickhoff-Weber (Verfasserin des Positionspapiers), Sandra Redmann, Kai Vogel und Thomas Hölck (beide aus dem Kreis Pinneberg) diskutierten an unterschiedlichen Tischen über Bildung, Umwelt, Landwirtschaft, Sport sowie Pflege, Wirtschaft und ÖPNV. Auch von dieser Veranstaltung haben wir vieles für den weiteren Prozess mitgenommen. ■

Lars Winter, MdL

KREISVERBAND OSTHOLSTEIN

KLAUSUR MIR DER BÜRGERBEAUFTRAGTEN

Der SPD-Kreisvorstand hält jährlich eine Klausurtagung ab, um eine Nachbetrachtung des vergangenen Jahres vorzunehmen und in die Zukunft zu blicken. In diesem Jahr haben wir uns für zwei Tage in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte getroffen und ausführlich diskutiert.

In der Nachbetrachtung wurde insbesondere der sehr erfolgreiche Jahresempfang in Eutin behandelt, aber auch das Ergebnis der Bürgermeisterwahl in Eutin analysiert. Wir haben weiterhin beschlossen, eine Mitgliederbefragung durchzuführen. Wir möchten gern mehr darüber wissen, warum ihr in der Partei seid, was ihr gut findet und was aus eurer Sicht verbesserungs-

würdig ist. Weiter wollen wir unser Angebot mehr nach euren Interessen ausrichten. Möchtet ihr mehr größere politische Veranstaltungen zentral im Kreis oder lieber regionale Themen im kleinen Kreis diskutieren? Einige weitere Fragen werden den Fragebogen ergänzen. Ich bitte euch herzlich, dass ihr euch aktiv an der Beantwortung beteiligt. Nur so können wir besser werden.

Beim abendlichen Kamingespräch hatten wir uns die Bürgerbeauftragte des Landes, Samiah El Samadoni, eingeladen und über ihre Arbeitsfelder gesprochen. Das Amt der Bürgerbeauftragten wurde in der Regierungszeit von Björn Engholm eingerichtet. Aus heutiger Sicht ein sehr weiser Beschluss. Über die ihre Aufgaben mit der Bürgerbeauftragten zu diskutieren war so spannend, dass wir glatt vergessen haben ein Foto zu machen.

Weitere Beschlüsse waren, das Neumitgliederfrühstück und die Parteschule regelmäßig durchzuführen. Das erste Frühstück hat stattgefunden und wird es auch weiterhin geben. Die Parteschule ist gerade im vollen Gang und wird garantiert auch eine Wiederholung erfahren.

Es waren zwei sehr intensive Tage, die wir für die weitere Entwicklung unseres Kreisverbandes genutzt haben. ■

Lars Winter
Kreisvorsitzender



Foto © Joerg Schimeck

KREISVERBAND OSTHOLSTEIN

NEUMITGLIEDERFRÜHSTÜCK UND PARTEISCHULE



Foto © privat

dieses Prozesses sind das Neumitgliederfrühstück und die Parteischule der SPD Ostholstein entstanden.

Zum Neumitgliederfrühstück wollen wir von nun an ein Mal im Jahr neue und zugezogene Mitglieder der SPD Ostholstein in lockerer Atmosphäre willkommen heißen. Während eines leckeren Buffets stellen sich unter anderem der Vorstand, unsere Arbeitsgemeinschaften, die ostholsteinischen Landtagsabgeordneten und spannende Gäste vor. Das gegenseitige Kennenlernen steht im Vordergrund – wir nehmen aber diese Gelegenheit auch wahr, um alle Interessierten über unsere Projekte und Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren. Schließlich liegt es an uns, unsere Mitglieder für die Mitarbeit im Kreis oder im Ortsverein zu begeistern. Am 7. Februar 2016 fand das erste Neumitgliederfrühstück statt, an dem wir 13 Neumitglieder begrüßen durften. An diesem Tag stellten wir ebenfalls das Konzept für unsere erste Parteischule der SPD Ostholstein vor und waren sehr glücklich, die ersten Anmeldungen aufnehmen zu können.

Die Parteischule besteht aus sechs Modulen, die innerhalb von drei Monaten stattfinden. Im Allgemeinen treffen wir uns samstags vormittags für circa vier Stunden. Unser Ziel ist es, euch für die Politik fit(er) zu machen, aber auch die Gruppendynamik unter den neuen Mitgliedern zu stärken und so neue Freundschaften entstehen zu lassen. Unser erstes Modul *Kick off – die Auftaktveranstaltung* fand am 11. März 2016 in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte statt. Das Ziel war das gegenseitige Kennenlernen, das Abfragen von Erwartungen und Wünschen und Information über die SPD und ihren Aufbau. Im zweiten Modul *Grundwerte, Parteigeschichte und Landespolitik* begrüßten wir unsere Teilnehmer im schleswig-holsteinischen Landtag. In einer spannenden Präsentation unseres Jusos-Landesvorsitzenden Niclas Dürbrook, erfuhren wir vieles über die deutsche Arbeiterbewegung, die Entstehung und Geschichte der SPD sowie ihrer wichtigen Persönlichkeiten. Zum Abschluss machten wir eine Begehung des Landtags, die von unserem Landtagsabgeordneten Lars Winter geführt wurde. Als langjähriger Abgeordneter konnte Lars uns nicht nur die Räumlichkeiten zeigen, sondern auch viele witzige Anekdoten und andere kleine Geheimnisse über seinen Arbeitsalltag erzählen, die das Landeshaus natürlich nicht verlassen dürfen! Im dritten Modul *Warum bin ich in der SPD?*, das am 30. April stattfindet, nehmen wir uns

Eine Demokratie lebt davon, dass die Menschen bei politischen Entscheidungen mitmachen, dass sie sich engagieren und sich für ihre Interessen einsetzen. Die Bereitschaft dafür ist vorhanden – doch nicht jeder setzt sie auch in die Tat um. Warum? Diese Frage haben auch wir uns gestellt und bereits im letzten Jahr die Debatte um mögliche Projekte für mehr Mitgliederbeteiligung gestartet. Als Ergebnis

Zeit, darüber zu sprechen, warum die Teilnehmer Mitglieder der SPD geworden sind, welche Themen uns allen wichtig sind und was wir gerne ändern würden. Als abschließenden Höhepunkt begeben wir das altherwürdige Schloss Eutin. Das vierte Modul zur *Kommunalpolitik* beginnt im Lübecker Rathaus, wo auch der Ratssaal besichtigt wird und endet nach der Besichtigung des Willy-Brand-Hauses Lübeck.

Das fünfte Modul ist in zweierlei Hinsichten etwas ganz besonderes, zum einen findet es auf der Scandlines-Fähre während der Fahrt von Puttgarden nach Rødby statt, zum anderen dürfen die Teilnehmer bereits im ersten Modul ihre *thematischen Wünsche* äußern, so dass wir den inhaltlichen Teil ihren Interessen entsprechend zuschneiden werden. Zum Abschluss unserer Parteischule werden wir im sechsten Modul eine *Tagesfahrt nach Berlin* unternehmen. Neben dem Besuch des Reichstags und einer Kuppelführung können sich unsere Teilnehmer auf einige Stunden Freizeit zum Erkunden von Berlin freuen.

In diesen drei Monaten werden die Teilnehmer sich gegenseitig, aber auch uns und unsere Arbeit im Kreis gut kennenlernen. Und so hoffen wir sehr, einige – jedoch am liebsten alle – ganz bald auf der einen oder anderen Veranstaltung wiederzusehen! Der Lernprozess soll aber keinesfalls einseitig sein, denn auch wir wollen aus dieser Zeit vieles für uns und unsere Arbeit mitnehmen. Was bewegt unsere Mitglieder? Welche Themen interessieren sie? Was können wir tun, damit mehr Menschen politisch tätig werden? Die Erfahrung aus der ersten Parteischule wollen wir nutzen, um die zweite und alle darauf folgenden Parteischulen besser, spannender und informativer zu gestalten. Dieses Projekt soll einen festen Platz in der SPD Ostholstein einnehmen und einen wichtigen Teil der politischen Bildung in unserem Kreis erfüllen. ■

Anastasia Braak
Beisitzerin im Kreisvorstand



Foto © Lars Winter



Foto © Janne Kückenmeister

KREISTAGSFRAKTION

ANGLEICHUNG DER KITA-GEBÜHREN IM KREIS OSTHOLSTEIN

Foto © Birgit Steingraber-Klinke



Die SPD Fraktion wird zur kommenden Jugendhilfeausschusssitzung einen Antrag zu Kindergartengebühren im Fachausschuss einbringen.

Es wird zunehmend als ungerecht und belastend empfunden, dass auch in Ostholstein die von den Eltern geforderten Kindergartenbeiträge nicht nur immer weiter steigen, sondern bei gleicher Qualität und Inanspruchnahme darüber hinaus auch noch bis

zu 100 % voneinander abweichen. Nach **§22 (3) SGB VIII*** sollen Kitas Eltern u.a. dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können. Bei Ganztagsgebühren, die sich auch in unserem Kreis kontinuierlich auf 500 € monatlich für einen Ganztagsplatz hin entwickeln, ist diese Hilfe leider meist nicht mehr annehmbar. Das Sozialstaatsgebot scheint hier ernsthaft in Gefahr.

Der Grund dieser Entwicklung liegt zum einen bekanntermaßen in den jeweils sehr unterschiedlichen Sach-, Personal- und Investitionskosten der Träger. Zum anderen sind die jeweilige Finanzkraft und politischen Dispositionen in den Trägergemeinden bzw. Durchführungsträgern auch wesentlich dafür verantwortlich. Auch die höheren Zuschussfinanzierungen von Bund, Land und Kreisen in den vergangenen Jahren konnten den Trend der kontinuierlich steigenden Kita-Gebühren bisher nicht stoppen. Die ab 1. 1. 2017 vorgesehenen individuellen Zuwendungen des Landes von bis zu 100 € im Bereich der Tagespflege und Krippen sind endlich ein spürbarer Kostenentlastungsschritt. Bisher hat lediglich die Gemeinde Stockelsdorf mit erheblichem finanziellem Einsatz grundsätzlich einheitliche Kita-Gebühren eingeführt. In Neustadt beschäftigt sich ein Arbeitskreis auch mit dieser Frage.

Der Kreis ist nicht Träger von Kindertageseinrichtungen. Er hat aber u.a. gem. **§ 6 Kita-Gesetz**** die übergeordnete Aufgabe, mit Unterstützung der Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot nach den Vorgaben des SGB VIII zu gewährleisten. Dazu ist u.a. auch ein jährlich fortzuschreibender Bedarfsplan aufzustellen, der vielfältigen Erfordernissen Rechnung zu tragen hat.

Darüber hinaus bestehen nach **§ 25 Kita Gesetz***** für den Kreis dezidierte Handlungsanweisungen, z. B. Bildung der Sozialstaffel, um letztlich die hier als angemessen definierten Beiträge der Personensorgeberechtigten zu den Kosten der Kita-Einrichtungen zu gestalten.

Der Antrag

Unter Hinweis auf die Vorbemerkung erbittet die SPD-Fraktion einen Bericht über die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten und Zuständigkeiten, um im Kreis Ostholstein zumindest einheitlichere und damit sozial gerechtere Kita-Gebühren einzuführen. Können hier gegebenenfalls das Ausgleichsgebot und ↓

*§ 22 Grundsätze der Förderung

(1) *Tageseinrichtungen sind Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages oder ganztätig aufhalten und in Gruppen gefördert werden. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Tagespflegeperson in ihrem Haushalt oder im Haushalt des Personensorgeberechtigten geleistet. Das Nähere über die Abgrenzung von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege regelt das Landesrecht. Es kann auch regeln, dass Kindertagespflege in anderen geeigneten Räumen geleistet wird.*

(2) *Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege sollen*

1. *die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern,*

2. *die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen,*

3. *den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können.*

(3) *Der Förderungsauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen.*

**§ 6 Planung und Gewährleistung

Die Kreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe planen und gewährleisten ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen nach §§ 24 und 24 a SGB VIII. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben werden die Kreise von den kreisangehörigen Gemeinden unterstützt. Die Gemeinden und die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sind frühzeitig und umfassend in allen Phasen der Planung zu beteiligen.

***§ 25 Finanzierung der Betriebskosten, Sozialstaffel

(1) *Die Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen von Trägern nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 bis 3, die in den Bedarfsplan des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 7 Abs. 1 aufgenommen worden sind, werden durch*

1. *Zuschüsse des Landes,*

2. *Teilnahmebeiträge oder Gebühren,*

3. *Zuschüsse des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe,*

4. *Zuschüsse der Gemeinden,*

5. *Eigenleistungen des Trägers* aufgebracht.

(2) *Den Kreisen und kreisfreien Städten werden Landesmittel zur Betreuung und Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflegestellen nach § 30 Abs. 2 nach Maßgabe der im Haushaltsplan des Landes bereitgestellten Mittel zugewiesen.*

(3) *Die Personensorgeberechtigten haben einen angemessenen Beitrag zu den Kosten der Kindertageseinrichtungen zu entrichten. Teilnahmebeiträge oder Gebühren sollen so festgesetzt werden, dass Familien mit geringerem Einkommen und Familien mit mehreren Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege- ↓*

die grundsätzliche Verpflichtung des Kreises zur Gestaltung gleicher Lebensverhältnisse auf seinem Territorium hilfreiche Aspekte sein?

In welcher Form hat der Kreis bisher von den Möglichkeiten gem. **§ 8 (2) KITA Gesetz****** Gebrauch gemacht? – Überörtliche Betriebskostenplanung in zu vereinbarenden Einzugsgebieten

Gibt es zu diesen Fragen vergleichbare Bemühungen in anderen Kreisen oder kreisfreien Städten, die wir uns zunutze machen könnten? ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

Katja Behrends
Teilpolitische Sprecherin

KEIN BEITRITT ZU DEN BELTRETERN

Die SPD Ostholstein hat seit Jahren eine klare, eindeutige, politische Position zur FFBQ mit der Hinterlandanbindung – mit dem Parteitagebeschluss Nein, aber ...

Wir lehnen das ökologische und ökonomische Wahnsinnsprojekt ab. Wir sehen keinen Sinn darin, keine Notwendigkeit, denn es hat nur negative Auswirkungen u. a. auf unseren tourismusintensiven Kreis. Mit dem Nein, aber ... begleiten wir als Fraktion das Projekt kritisch, aber konstruktiv und bringen uns dazu in allen Gremien ein, wie z. B. beim Forderungskatalog. Durch das Nein, aber ... ist für die Fraktion die politische Einbringung in den Gremien gewährleistet. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender

IMPRESSUM/REDAKTION

SPD Kreisverband OH
Lübecker Straße 6
23701 Eutin
Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

Mails für die Redaktion bitte an
Niclas Dürbrook niclasduerbrook@gmx.de und
Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de

V.i.S.d.P. Niclas Dürbrook, stellvertretender Kreisvorsitzender, Korrektur Kirstin Winter, Layout und Schlussredaktion Beate Müller-Behrens

Wir veröffentlichen gerne Artikel und Kommentare, eure Meinung und Leserbriefe, wenn sie sich mit dem Thema der Ausgabe befassen oder auf den Kreis Ostholstein Bezug nehmen. Für den Inhalt sind die Autor_innen verantwortlich, Artikel ohne Namen entsprechen der Meinung der Redaktion, Kürzungen und Korrekturen behalten wir uns vor. ■

stellen eine Ermäßigung erhalten. Eine Erstattung der durch die Sozialstaffelregelung bedingten Einnahmeausfälle erfolgt durch den örtlichen Jugendhilfeträger.

Die Kreise als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe können mit den jeweiligen kreisangehörigen Standortgemeinden eine schriftliche Vereinbarung über eine kreisweit geltende Staffelung der Teilnahmebeiträge und Gebühren, die für Inanspruchnahme der Tageseinrichtungen für Kinder und Tagespflegestellen zu errichten sind, nach Einkommensgruppen und Kinderzahl (Sozialstaffel) und das entsprechende Bewilligungsverfahren abschließen.

Für den Fall, dass eine Vereinbarung nach Satz 4 jeweils am 30. Juni jeden Jahres nicht vorliegt, tritt am 1. August jeden Jahres eine von jedem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu erlassende Sozialstaffelregelung in Kraft, die auch das Antrags-, Berechnungs- und Bewilligungsverfahren bestimmt. Für die Berechnung dürfen die Bedarfsgrenzen nach dem Dritten Kapitel des SGB XII nicht unterschritten werden.

Die kreisfreien Städte als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe können eine entsprechende Regelung treffen.

(4) Die nach Abzug der Zuschüsse des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe und des Landes sowie der Teilnahmebeiträge oder Gebühren verbleibenden Kosten des Betriebes trägt die Standortgemeinde, wenn sie Träger der Kindertageseinrichtungen ist. Werden Kindertageseinrichtungen, die in den Bedarfsplan nach § 7 aufgenommen worden sind, von einem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe betrieben, schließen die Standortgemeinde und der Träger schriftliche Vereinbarungen über die Finanzierung und die die Finanzierung betreffenden Angelegenheiten ab.

(5) Leistungen des Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Kinder nach den Bestimmungen des SGB XII werden neben den Zuschüssen nach Absatz 2 gewährt. Ein personeller Mehrbedarf wird nach § 13 Abs. 2 durch Verordnung geregelt.

(6) Bei Kindertageseinrichtungen, die gemeinschaftlich von Erziehungsberechtigten getragen werden, wird der von der zuständigen Behörde genehmigte Bedarf an pädagogischen Kräften für die Bezuschussung der Personalkosten zugrunde gelegt. Die Mitarbeit der Erziehungsberechtigten wird als angemessene Eigenleistung des Trägers anerkannt.

**** § 8 Sicherstellung des Angebots

(1) Die Gemeinden tragen in eigener Verantwortung dafür Sorge, daß die im Bedarfsplan vorgesehenen Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen geschaffen und betrieben werden. Soweit geeignete Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe betrieben und rechtzeitig geschaffen werden können, sollen die Gemeinden von eigenen Maßnahmen absehen.

(2) Benachbarte Gemeinden in Nahbereichen nach der Verordnung zum zentralörtlichen System vom 8. September 2009 (GVO-BI. Schl.-H. S. 604), in Schuleinzugsbereichen oder in vergleichbaren, vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe festgelegten Einzugsbereichen sollen Vereinbarungen zur gemeinsamen Planung und Betriebskostenfinanzierung anstreben. Abweichend von § 18 Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GkZ) können auch Gemeinden innerhalb eines Amtes hierzu eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach § 18 GkZ abschließen. ■

DREI FRAGEN DER LN ZU ZVO-ABFALLGEBÜHREN

ANTWORTEN DES SPD FRAKTIONS-VORSITZENDEN BURKHARD KLINKE

Die Kalkulation neuer Abfallgebühren beim ZVO verzögert sich seit der private Mitgesellschafter bei der Entsorgungstochter nicht mitspielt. Der ZVO kann deshalb zunächst keine Abfallgebühren einziehen. Wie beurteilen Sie das Verhalten des Mitgesellschafter? Dies betrifft Ihre persönliche Meinung, wie Sie das Verhalten des Mitgesellschafter bewerten.

Diplomatisch könnte man hier sagen, dass man vielleicht überrascht oder enttäuscht ist vom Verhalten des Mitgesellschafter, da man z. B. eine andere Vorstellung von partnerschaftlichem Umgang hat und das aktuelle Verhalten des Mitgesellschafter abweicht von den gemeinsamen Zielen, die man vielleicht mal ursprünglich für die Abfallwirtschaft in Ostholstein hatte. Als Sozialdemokrat stößt das Verhalten auf absolutes Unverständnis. Über zehn Jahre haben wir mit den Privaten gut zusammen gearbeitet und jetzt, obwohl das Gericht gesprochen hat, hat die positive Zusammenarbeit keine Gültigkeit mehr.

Da die Müllabfuhr weiter kostet, der ZVO dafür aber vorerst keine Einnahmen erzielt, entsteht eine Lücke, die über Kredite zwischenfinanziert werden muss. Was bedeutet das für das Unternehmen, was für die Kunden?

Zunächst einmal ist für die Bürger in Ostholstein wichtig, alle Entsorgungsleistungen werden vom ZVO weiterhin wie gewohnt erbracht. Nur kann die Abrechnung per Bescheid (z. B. auch für Sperrmüll- oder Containerabfuhr) zurzeit nicht erfolgen und somit muss die Bezahlung der Leistungen zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Dies kann aber erst nach rechtssicherer Neukalkulation der Abfallgebühren erfolgen. Für den Zweckverband bedeutet es, dass einerseits weiterhin Leistungen erbracht werden müssen und die Tochtergesellschaft ZVO Entsorgung GmbH für ihre beauftragte Entsorgungsleistung

bezahlt werden muss, aber andererseits kein Geld über Gebührenbescheide hineinkommt. Die so entstehende Lücke muss natürlich mittels einer Zwischenfinanzierung gestopft werden. Um diese Lücke nicht zu groß werden zu lassen, prüft die ZVO-Verwaltung parallel fortwährend verschiedene Wege, wieder gebührenfähig zu werden bzw. Gebühren erheben zu können und Zugang zum dem ZVO zustehenden Zahlenmaterial der ZVO Entsorgung GmbH zu erlangen, ohne dass eine rechtssichere Gebührenkalkulation nicht möglich ist. Ich hoffe und wünsche mir, dass sehr schnell eine Einigung herbeigeführt wird, denn die vielen Mitarbeiter_innen hängen durch das unsoziale Verhalten der Privaten in der Luft, sie bangen um ihre Arbeitsplätze, obwohl sie bei Wind, Regen, Schnee und Sturm ihren Job weiter erledigen.

War die Teilprivatisierung im Rückblick ein Fehler?

Hierzu wiederhole ich meine Stellungnahme von 2015. Es war kein Fehler, sondern genau der richtige Weg damals. Für die SPD stand bei der Teilprivatisierung die Sicherung der Arbeitsplätze im Vordergrund. Die Teilprivatisierung war damals von allen gewollt, auch vom Personalrat. Es war ein nachvollziehbares, transparentes und gelungenes Verfahren. An diesem Verfahren war ich von Anfang an beteiligt, habe es begleitet und mitgetragen und es wurde von allen ZVO Gremien und der Verbandsversammlung auf den Weg gebracht. Deshalb noch einmal an die Mitgesellschafter, über zehn Jahre haben wir partnerschaftlich zusammen gearbeitet, öffnen Sie sich, reichen Sie die Hände und lassen Sie uns gemeinsam sehr schnell eine Lösung finden, damit nicht die Gerichte entscheiden müssen. ■

Burkhard Klinke

SPD Fraktionsvorsitzender

ORTSVEREIN BAD SCHWARTAU
BÜRGERMEISTERWAHLKAMPF

Der SPD Ortsverein hatte die Stelle des Bürgermeisters in Ostholsteins größter Stadt bundesweit ausgeschrieben und mit dem Hamburger Regierungsdirektor Dr. Uwe Brinkmann als promoviertem Verwaltungsjuristen den richtigen Kandidaten für die Nachfolge Gerd Schubert's (CDU) gefunden. Aus persönlichen Gründen stellte sich die-

ser nicht für eine dritte Amtszeit zur Verfügung. Der 38-jährige Brinkmann konnte bereits früh erste Erfahrungen in der Kommunalpolitik der damaligen Bundeshauptstadt Bonn sammeln. Er arbeitete während seines Studiums als Referent für verschiedene Parlamentarier. Außer ihm bewarben sich auch die

CDU-Fraktionsvorsitzende Brümmer, der Vorsitzende der Wählergemeinschaft Dannenberg, der parteilose Kindertagesstättenleiter Neese sowie der ehemalige Stadtverordnete Radisch.

Bürgerbeteiligung stärken

Bei den zahlreichen öffentlichen Diskussionsrunden wurde klar, dass die öffentliche Debatte um die Zukunft Bad Schwartaus sich zu sehr auf die Innenstadt beschränkt, die Anwohner Stadtteile fühlen sich in vielen Punkten im Stich gelassen. Stadtentwicklung geht nur über Stadtteilentwicklung, weshalb wir als SPD mit Dr. Brinkmann unter anderem auf eine Änderung der Hauptsatzung hinwirken, um in den Stadtteilen Ortsbeiräte im Sinne der Gemeindeordnung zu installieren. Dies ermöglicht den Bürgern_innen, sich direkt und unmittelbar für ihre Nachbarschaft einzusetzen, was sowohl Identifikation schafft als auch das ehrenamtliche Engagement fördert. Es kann der Stadt nur gut tun, weitere Angebote zur Bürgerbeteiligung zu schaffen. ■



Es braucht keine von den anderen Kandidaten geforderten kurzfristigen Beteiligungsevents, sondern langfristige und gesicherte Teilhabe an den Entscheidungen der Stadt. Dass der Bedarf da ist, wurde in Cleverbrück mehr als deutlich. „Es bekommt immer der etwas, der in der Stadt die bessere Lobby hat“, konstatierte Dr. Uwe Brinkmann auf dem Podium der Grundschule Cleverbrück und brachte damit den Eindruck vieler Bürgerinnen und Bürger auf den Punkt. Nur so lasse sich der Investitionsstau der Stadt im Bereich Bildung und Jugend im Kontext zur Haushaltslage erklären. „Generationengerechtigkeit schafft man nicht durch Imagekampagnen und hübsche Logos, sondern dadurch ehrlich und interessiert mit den jungen Menschen in den Dialog zu treten“, hält Dr. Brinkmann zudem fest. Dazu habe das Land Schleswig-Holstein seine Kommunen eigentlich mit einem entsprechenden Passus in der Gemeindeordnung verpflichtet, dem Bad Schwartau schon seit geraumer Zeit nicht nachkomme. Deshalb plädiere er nachdrücklich für eine Wiederbelebung des Jugendbeirats oder dem Schaffen einer ähnlichen Institution, die die Stadt in Zukunft als Lobby für die Interessen der jüngeren Generationen berät. Das Engagement der Schülervvertretungen an den Bad Schwartauer Schulen und in den Jugendverbänden sei deutliches Indiz dafür, dass der Wille zur Mitgestaltung der Stadt da sei. Nun gelte es in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten ein geeignetes Konzept zu verabschieden, das diese auch nachhaltig fördert.

Öffentlichkeit statt Heimlichtuerei

Viele Bad Schwartauer trafen dann völlig unerwartet die Nachricht, die Schwartauer Werke bereiteten scheinbar seit Monaten die Verlagerung der Produktion vor, da die Stadt angeblich keine geeignete Fläche anbieten könne. An die Öffentlichkeit kamen die Vorgänge, die Insidern der Mehrheitsfraktion spätestens



seit Ende vorigen Jahres bekannt sein mussten, erst durch die Recherchen Dr. Brinkmanns. Dieser hatte aus Werkskreisen von den Plänen erfahren und ging den Gerüchten auf den Grund, was den Stein des Anstoßes für die spätere Berichterstattung bildete.

Der amtierende Bürgermeister und seine Stellvertreterin erklärten am 3. beziehungsweise 7. April in der Presse keinen Lösungsvorschlag zu haben oder nichts zu wissen. Gleichzeitig fordern beide, das Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Innerhalb kürzester Zeit war das Thema sowohl im Haupt- als auch im Bauausschuss ganz oben auf der Agenda, wobei viele zentrale Fragen ungeklärt blieben. Warum der Bürgermeister und seine Stellvertreterin ihren Amtspflichten nicht nachkamen sondern Selbstverwaltung und Bevölkerung im Dunklen ließen wird im Nachgang aufgearbeitet werden müssen.



Erfreulich ist, dass es nur wenige Tage nach dem Beginn der von Dr. Brinkmann angestoßenen Debatte, mehrere Vorschläge zu einem möglichen Standort für einen Neubau gab. Am 18. April wurde beschlossen, eine etwa 19 ha große Fläche in Langenfelde-Nord vorzuschlagen. An dieser Provinzposse wird wieder einmal deutlich, dass es in Bad Schwartau keinen Ideenmangel, sondern ein Umsetzungsdefizit gibt.

Etappensieg im ersten Wahlgang

Am 24. April hat Bad Schwartau entschieden, und in neun von zehn Stimmbezirken entschied es sich klar für Dr. Uwe Brinkmann. Der Verwaltungsjurist trägt damit die Früchte eines harten aber fairen – und vor allem engagierten – Wahlkampfes, der nun bis zur Stichwahl am 8. Mai in die Verlängerung geht.

Fast elf Prozent Vorsprung auf die stadtbekannte CDU-Mitbewerberin, die selbst in den Hochburgen ihrer Partei weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz landete, sind ein deutliches Signal für den Wunsch der Bevölkerung nach einer neuen politischen Kultur in der Stadt.

Die SPD hat zum Wahltag hierzu ein ehrliches Angebot gemacht, die Verwaltungsspitze unparteiisch zu besetzen und wir freuen uns, dass dieses so zahlreich angenommen wurde. Das ist ein deutlicher Vertrauensvorschuss für den Kandidaten. Dies ist aber nur ein Etappensieg. Es geht nun auf die Zielgerade und das Zwischenergebnis gibt Rückenwind, aber für die Stichwahl bleibt es spannend. ■



Yannick Ashby
OV Vorsitzender Bad Schwartau

SPD KV OSTHOLSTEIN UND SPD OV BAD SCHWARTAU ARBEITNEHMER_INNEN-EMPFANG



nahmen sich dieser Ungerechtigkeiten in der Diskussion an, aufmerksam belauscht von den anwesenden Gästen. Es wurde eine allgemeine und teilweise sehr spezielle Rundreise durch alle Themen der Arbeitswelt: Zu geringer aber immerhin Dank der SPD endlich bestehender Mindestlohn, Altersarmut, Parität der Sozialabgaben, globale Beschäftigungspolitik und Ausbeutung, Bedeutung der Gewerkschaften usw. Gute zwei Stunden wurden die Möglichkeiten einer zukünftigen (globalen) Organisation der Arbeit mit gerechter Entlohnung diskutiert. Insbesondere die dezentralisierte Formen der Arbeit (Home-Offices), die Auswüchse bei Werkverträgen und Leiharbeit wurden kritisch beleuchtet.

Die Arbeitnehmer, diese kleinen possierlichen Wesen, das "human capital" kleiner, großer und riesiger Unternehmen, tummelt sich weltweit in mehr oder weniger großen baulichen Strukturen mit mehr oder weniger statischen Zuverlässigkeiten. Tag für Tag bevölkern sie emsig die mehr oder weniger tauglichen Verbindungswege in mehr oder weniger geeigneten Gerätschaften. Überall erfüllen Sie mehr oder weniger anspruchsvolle Tätigkeiten, deren Ergebnisse für sie mehr oder weniger bedeutungsvoll sind. Für diese Emsigkeit erhalten sie in regelmäßigen Abständen von ihren Besitzern mehr oder weniger wertvolle Belohnungen. Und genau hier liegt dann häufig das Problem: Denn in wenigen Fällen gibt es mehr, dafür in mehr Fällen weniger, als sie verdienen würden.

Letzteres war deshalb auch Thema des Arbeitnehmerempfangs – gute Emsigkeit und gute Belohnungen. Die FürsprecherInnen der kleinen Wesen, Gabriele Hiller-Ohm, Bettina Hagedorn, Uwe Polkaehn und Dr. Uwe Brinkmann

Im Fazit kristallisierte sich dann heraus, dass Politik und Gewerkschaften deutlich stärker und vor allem schneller auf die Veränderungen der Arbeitswelt reagieren müssen, um die emsigen Wesen insgesamt vor dem Erfindungsreichtum einzelner, nicht aller, Arbeitgeber zu schützen. Es gibt noch viele Baustellen,

die endlich geräumt werden müssen – gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Löhne, die nicht nur während der Beschäftigungszeit sondern auch im Alter Sicherheit geben müssen. Besonders für die Renten(Lücke) war allen TeilnehmerInnen eines klar: Das aktuelle Gehaltsniveau birgt in vielen Bereichen ein erhebliches Risiko für spätere Altersarmut. Die private Vorsorge ist bei zu geringem Einkommen für viele Menschen kaum möglich und es fehlen wirklich rentable Möglichkeiten dazu, da das System Riesenrente sich bereits heute als kompletter Flop heraus stellt. ■

Hansjörg Thelen
Beisitzer im Kreisvorstand OH

Fotos (3) ©
Hansjörg Thelen



OV GEMEINDE SÜSEL

DISKUSSION MIT NINA SCHEER UND BETTINA HAGEDORN

Mit einiger Verspätung, ein Stau auf der A1 vor Lübeck hatte dies verursacht, begann die Veranstaltung des OV Gemeinde Süsel mit den SPD Bundestagsabgeordneten Dr. Nina Scheer und Bettina Hagedorn im Sportlerheim des TSV Süsel in Süsel. Dr. Nina Scheer erläuterte ihren Standpunkt zu den TTIP- und CETA-Verhandlungen der Europäischen Kommission und den Verhandlungspartnern aus den Vereinigten Staaten und Kanada.

Zuvor hatte Bettina Hagedorn die Rahmenbedingungen aus Sicht der deutschen Politik dargestellt. Sie legte bei ihren Ausführungen Wert auf die Aussage, dass alle Verhandlungsergebnisse im Zusammenhang mit TTIP unbedingt durch ein europäisches und später deutsches Parlamentsvotum abgesegnet werden müssen. Auch wenn der Eindruck entstanden sei, dass der SPD Vorsitzende Sigmar Gabriel ein Fürsprecher für TTIP sei, müsse gesagt werden, dass gerade Sigmar Gabriel dafür gesorgt habe, dass z.B. die Schiedsgerichte aus den Verhandlungen herausgenommen worden seien und so nicht Bestandteil eines Freihandelsabkommens werden würden. Wenn die SPD jetzt in der Kritik stehe, sollten doch vor allem die Kritiker sehen, dass die anderen Parteien nicht wirklich zur Transparenz dieses Themas beitrügen.



Die MdBs Bettina Hagedorn, Dr. Nina Scheer und die stellvertretende SPD Kreisvorsitzende Susanne Böttcher-Meyners

Nina Scheer konkretisierte in ihrem Vortrag die Aspekte zu TTIP und CETA, die zuvor von Bettina Hagedorn eingeführt worden waren, indem sie die internationalen Rahmenbedingungen der Wirtschaft beschrieb, um dann auf die aktuellen Anforderungen für international wirtschaftliches Handeln einzugehen.

Wirtschaftstheorien, nach denen freier grenzenloser Handel automatisch Wirtschaftswachstum und Wohlstand für alle bedeute, hätten sich in der Praxis jedoch nicht bewahrheitet. Sie könne verstehen, dass die Wirtschaft über die nationalen Grenzen hinaus ohne Beschränkungen Handel treiben wolle. Aber zum Schutz nationaler, kultureller und wirtschaftlicher Standards müsse auch der internationale Handel Regeln unterliegen, z.B. dem Mindestlohn. Es habe sich sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten gezeigt, dass ein allgemeiner Mindeststandard eingehalten werden müsse, auf den die nationalen

Standards aufbauen sollten, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Niemand wolle hinter die erreichten Standards zurückfallen. Andernfalls passiere, wie im Verfahren vor dem EuGH 2014 geschehen, dass eine über das CE-Kennzeichen hinausgehende Ü-Kennzeichnung (für Bauprodukte, die mit den Anforderungen übereinstimmen) in Deutschland als nicht EU-konform verboten wurde.

Sowohl Nina Scheer als auch Bettina Hagedorn betonten, offen für transatlantische Verhandlungen zu sein, nur müsse gewährleistet werden, dass die Verhandlungen transparent und parlamentarisch legitimiert werden müssen.

In der anschließenden Diskussion kamen auch die Gäste zu Wort, dabei wurden u.a. Fragen nach den Standards, nach der Transparenz und der Negativliste angesprochen. Die stellvertretende Bürgermeisterin Swantje Meininghaus wollte wissen, ob die sogenannte Negativliste, die die Handelshemmnisse beschreibe, permanent angepasst werde. Nina Scheer stellte hierauf nur fest, dass dies durch eine eingesetzte Kommission geschehe, diese Kommission aber ebenso wenig parlamentarisch legitimiert werde, wie es in den Kommissionen leider oft der Fall sei. Nina Scheer ging noch auf die Kritik der CAMPACT-Aktivisten ein, die mit ihren Internetresolutionen und -aufrufen politisch beeinflussen wollen, sich aber oft nur kurz engagieren. Nina Scheer begleite die Aktionen der Campakt-Aktivisten interessiert, habe aber feststellen müssen, dass voreilige und grundlose Aktionen eher den gegenteiligen Effekt bei den Bundestagsabgeordneten erreichen würden, wie z. B. der Aufruf im Internet, in dem behauptet wurde, die SPD-Fraktion wolle über TTIP abstimmen. Dies wäre damals wie heute nicht zutreffend gewesen, da gar kein Sachstand und keine Kenntnisse zu TTIP vorlagen, so dass weder abgestimmt hätte werden können noch müssen. Das einzige, was durch die vorschnelle und falsche Aktion geschehen sei, wäre die einwöchige Blockade ihres Bundestagsbüros durch die Protestanrufe gewesen.

Abschließend dankte ich Dr. Nina Scheer und Bettina Hagedorn dafür, dass sie die Zeit gefunden hatten die Einladung zur Diskussionsveranstaltung anzunehmen. Sie haben Licht ins Dunkel um TTIP gebracht. Auch Freihandel braucht Regeln, dies war die Quintessenz des Abends. Es lohnt sich, derartige Veranstaltungen auch zukünftig anzubieten.

In ihren Schlussworten betonten sowohl Bettina Hagedorn als auch Nina Scheer, dass es leicht wäre, kurz einmal eine Resolution im Internet zu zeichnen, danach aber wieder inaktiv zu werden. Die Bundesrepublik sei aber eine Parteien-Demokratie und wenn sich jemand wirklich einbringen wolle, könne er dies sehr gut in Parteien tun. Anders funktioniere das System nicht wirklich und verlässlich. Wenn sich wechselnde Mehrheiten je nach Interessenlagen zusammentun würden, drohe die Gefahr, dass kein verlässliches Regierungshandeln mehr möglich sein könne. Und dies sei gerade in der jetzigen Situation wichtiger denn je. ■

Volker Wiencke

Vorsitzender des SPD OV Gemeinde Süsel

SPIEGELBILDER

RALF STEGNER AUS DER SICHT VON FREUNDEN UND GEGENSPIELERN

Foto © privat



Einen ungewohnt sanften und nachdenklichen Ralf Stegner erlebten die Interessierten am 29. Februar bei der Lesung zum Buch *Spiegelbilder* in der Eutiner Kreisbibliothek, doch seine berühmt-berüchtigten Ecken und Kanten schimmernten, sehr zum Vergnügen des Publikums, immer wieder durch.

Die *Spiegelbilder* beleuchten ganz unterschiedliche Seiten des SPD-Vorsitzenden Schles-

wig-Holsteins. 27 Freunde, Kollegen, politische Gegner und der älteste Sohn Fabian hatten unabhängig voneinander Portraits des Politikers erstellt. Stegner selbst habe keinen Anteil an den Inhalten gehabt, versicherte der Herausgeber Heiner Volkers, der dem Publikum die Entstehung des Buches erklärte. Stegner

wurden sowohl sein Bewerbungsgespräch bei Günther Jansen, das auf einem Autobahnrastplatz stattfand, als auch seine legendär gewordenen Wortgefechte mit dem FDP Politiker Kubicki angesprochen. Letztere mögen dazu beigetragen haben, dass Stegners Wortwahl in einem der Kapitel als „gelegentlich waffenscheinpflichtig“ beschrieben wird. Jansen und Kubicki gehören wie Hagedorn zum Kreis der Autoren.

In Hinblick auf sein Image bemerkte Stegner, dass man sich mit über 50 Jahren nicht mehr großartig ändere, aber durchaus dazu lerne. Er möge harte Auseinandersetzungen und Demokratie sei Wettbewerb und gelegentlich auch Kampfsport. Wenn man dabei an Herrn Kubicki denke, könne das sogar Spaß machen.

Auf die Publikumsfrage, ob das Lesen des Buches ihm eine veränderte Sichtweise auf seine Weggefährten eröffnet habe, antwortete Stegner sehr nachdenklich. Ihn habe besonders beeindruckt, dass auch diejenigen, die man unbestreitbar zu seinen politischen Gegnern zählen dürfe, Respekt erkennen ließen. Er betonte, dass er auch die Kommentare, die spitz formuliert und eher schmerzhaft seien, gut ertragen könne. Auch das gehöre dazu. Gewünscht hätte er sich für das Buch einen Beitrag vom ehemaligen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen, dem er ohne weiteres „die Aufsicht über meine Kinder anvertraut hätte, ungern aber die über das Land Schleswig-Holstein“.

Die weiteren Lesebeiträge, vorgestellt durch die Landtagsabgeordneten Regina Poersch und Lars Winter, gaben dem Publikum einen Eindruck von den unterschiedlichen Sichtweisen auf Stegner, die das Buch aus vielen Perspektiven zu Tage fördert. Besonders stolz ist Ralf Stegner auf den Beitrag seines ältesten Sohnes Fabian. Dieser beschreibt im Buch, wie sehr er in der Schulzeit unter der Tatsache, der Sohn Stegners zu sein, gelitten habe.

Der Herausgeber des Buches, Heiner Volkers, sieht Stegner als einen der interessantesten und umstrittensten Politiker die Schleswig-Holstein je hatte, und erklärte, dass weit mehr als die derzeitigen Autoren angefragt wurden. Einige trauten sich einen Text nicht zu, andere sagten zu, ohne jemals zu liefern. So bleibt das Spiegelbild des Politikers Stegner unvollständig und dennoch spannend. ■

Marina Vogler
Ortsverein Eutin

Foto © Marina Vogler



gehöre, dank dem ehemaligen Sozialminister Günther Jansen, der 1990 einen Mitarbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit suchte, seit nunmehr 25 Jahren zum politischen Spektrum in Schleswig-Holstein.

MdB Bettina Hagedorn, die Ralf Stegner nach Eutin eingeladen hatte, moderierte die Veranstaltung und beschrieb den Werdegang ihres Kollegen aus dem Landesvorstand. Dabei illustrierte sie ihren Vortrag mit Zitaten aus ihrem eigenen Kapitel in den *Spiegelbildern*. Neben den Gründen für den Kravattenwechsel

Foto © Beate Müller-Behrens



ERFOLGREICHE LANDESKONFERENZ DER JUSOS OSTHOLSTEIN NEUER LANDESVORSTAND UND MEHRHEIT FÜR DIE ANTRÄGE

Fotos © Hellmann, Bad Schwartau



Am Wochenende 27./28. Februar fand die diesjährige Landeskongress der Jusos Schleswig-Holstein in Niebüll statt. Die Landeskongress ist das höchste Gremium der Jusos im Land. Dort wurde der neue Landesvorstand gewählt und über 60 Anträge zu aktuellen politischen Themen beraten.

Die Jusos Ostholstein blicken auf ein erfolgreiches Wochenende zurück. Unter anderem

wurde ein Antrag von uns zur Installation einer europäischen Migrations- und Flüchtlingsbehörde mit überwältigender Mehrheit angenommen. In diesem wird auch gefordert, dass Flüchtlinge entweder in der deutschen Botschaft in ihrem Heimatland oder an der EU-Grenze einen Asylantrag stellen können. Für die Jusos ist es wichtig, auch in der aktuellen Situation mit einem Erstarken rechter Populisten eine europäische Vision zu haben.

Weiterhin forderten die Jusos Ostholstein, dass in Schleswig-Holstein keine sogenannte Wachpolizei eingeführt werden darf. Dies steht z. B. in Sachsen für eine dreimonatige Polizeiausbildung, bei der nur die Grundlagen der Polizeiarbeit vermittelt werden können. Auch dieser Antrag fand auf der Landeskongress eine deutliche Mehrheit.

Auch mit Blick auf die Wahl des Landesvorsitzenden sind die jungen Genossinnen und Genossen zufrieden. In dieses Amt wurde der ostholsteinische Kreistagsabgeordnete und stellver-

tretende SPD Kreisvorsitzende Niclas Dürbrook bereits zum dritten Mal gewählt. Der Schwerpunkt seiner Arbeit wird unter anderem die Vorbereitung des Landtagswahlkampfes 2017 sein. ■

Tim Dürbrook

Stellvertretender Vorsitzender der Jusos Ostholstein



Der neue Landesvorstand v.l.: Immo Degner, Sophia Schiebe, Lars Schalnat, Niclas Dürbrook, Frederik Digulla, Leonie Pätzold, Nele Lindenau

AG 60 PLUS VERANSTALTUNGSTERMINE

In der Regel finden vor den Veranstaltungen in Neustadt, um 14.00 Uhr unsere mitgliederoffenen Vorstandssitzungen statt. Wir freuen uns über jede_n Teilnehmer_in. Unsere Jahresplanung ist noch nicht vollständig (Themen und Orte). Im SPD-Terminkalender der Kreisgeschäftsstelle werden die Ergänzungen und Änderungen eingetragen.

11. Mai 2016, 15.00 Uhr, Neustadt,

Bericht vom dem Landesparteitag. Schwerpunktthema mehr Gerechtigkeit wagen.

Dienstag, 14. Juni 2016 (Terminänderung!),

Puttgarden, Treffen um 14.15 Uhr in der Automatenhalle im 1. Stock, Abfahrt 14.45 Uhr mit der FS Deutschland. Außer den üblichen 5,50 Euro für Kaffee und Kuchen entstehen keine Kosten. Bitte um rechtzeitige Anmeldung bei mir unter 04521-9165, damit wir auch Mitfahrgelegenheiten organisieren können. Rückkehr nach Puttgarden um 16.30 Uhr.

13. Juli, Veranstaltung auf der Landesgartenschau Eutin (noch

nicht sicher) oder Vorbereitung Landeskongress AG 60plus am 28.09.2016

14. September, Informationen über den Landtag und/oder Vorbereitung Landeskongress AG 60plus am 28.09.2016

12. Oktober in Bad Schwartau, Thema offen

16. November Neustadt, Schwerpunkt Armut

07. Dezember 2016, Neustadt, Weihnachtsfeier bei weihnachtlicher Atmosphäre. ■

Uwe Tewes

AG 60plus Kreisvorsitzender



Veranstaltungen in Neustadt

Hotel Stadt Kiel, Lienaustasse 8, 23730 Neustadt, Telefon 04561-51 39 55,

Anmeldung und Rückfragen

bei Uwe Tewes unter Telefon 04521 - 91 65 E-Mail utewes1@arcor.de